

## **Inhalt der Sitzung vom 22.03.2004**

### **TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 16.02.2004 gefassten Beschlüsse**

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 16.02.2004 einem Stundungsantrag bezüglich Gewerbesteuerzahlungen, der Einstellung eines neuen Vorarbeiters für den Bauhof sowie der Höhergruppierung einer Angestellten sein Einvernehmen erteilte.

### **TOP Ö 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften für das Gebiet „Siedlung“ - Satzungsbeschlüsse - Benennung der Straßen**

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.01.2003 die Aufstellung des Bebauungsplanes und den Erlass örtlicher Bauvorschriften für das Gebiet „Siedlung“ beschlossen. In gleicher Sitzung wurde zur Sicherung der Planungen eine Veränderungssperre erlassen. Die Anregungen von Seiten der Bürger und Träger öffentlicher Belange wurden im Rahmen der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung in der Zeit vom 21.10.2003 bis 21.11.2003 abgewogen und konnten teilweise bei der Überarbeitung der Entwürfe berücksichtigt werden. Während der Offenlage des Bebauungsplanentwurfs und des Entwurfs der örtlichen Bauvorschriften in der Zeit vom 02.02.2004 bis 02.03.2004 wurden nochmals Anregungen vorgebracht. Diese wurden gleichfalls abgewogen und teilweise in die Planungen eingearbeitet, so dass nunmehr die Satzungsbeschlüsse gefasst werden konnten.

Die im Januar 2003 beschlossene Veränderungssperre tritt außer Kraft sobald der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften durch Bekanntmachung der Satzungsbeschlüsse im Mitteilungsblatt in Kraft treten.

Im Gebiet „Siedlung“ entstehen auf den Nachverdichtungsflächen zwei neue Straßen. Um deren Zugehörigkeit zur ehemaligen Eisenbahnersiedlung mit den Namen „Rosental“ und „Blumenau“ deutlich zu machen, schlug die Verwaltung in Abstimmung mit dem Eigentümer und Entwicklungsträger für die Straße östlich des Rosentals den Namen „Im Rosenhof“ und für die Straße östlich der Blumenau den Namen „Im Blumenhof“ vor. Diese Namensgebung wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten am 17.12.2003 angesprochen und von den Ausschussmitgliedern befürwortet.

Eingangs der Beratungen nahm Frau Butsch nochmals Stellung zu den Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerschaft, die größtenteils bei der nunmehrigen Planung berücksichtigt werden konnten.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) hinterfragte die Möglichkeit, Vordächer anstatt in Stahl-Glas-Konstruktion in einer leichten Holzkonstruktion zu realisieren. Herr Butsch hielt dies, je nach Ausführung, für denkbar, verwies jedoch darauf, dass massive Holzkonstruktionen nicht zugelassen werden sollten.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete die vorliegende Planung als gelungenes Meisterwerk und lobte die kompetente sowie jederzeit termingerechte Arbeit der Firma Bauland!Entwicklung. Hatte man zu Zeiten des anstehenden Verkaufs der Eisenbahnerimmobilien durch die Eisenbahn-Wohnungsbaugesellschaft (WOG) noch größte Bedenken hinsichtlich der künftigen Entwicklung im dortigen Bereich, gestalte sich die nunmehrige Planung mehr als positiv. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund eines gelungenen Kompromisses zwischen Bestand und Überplanung der Freiflächen. Auf die Entwässerungskonzeption für das Plangebiet eingehend, hoffte Gemeinderätin Schuster auf eine ausreichende Dimensionierung. Als kleinen Wermutstropfen bezeichnete sie die

erhebliche Verschmutzung der Straßen sowie die nicht unerhebliche Belästigung der Anwohner im Zusammenhang mit den Abräumarbeiten. Hierauf bat sie künftig ein Augenmerk zu richten. Den angedachten Straßennamen „Im Blumenhof“ sowie „Im Rosenhof“ konnte sie zustimmen.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verwies auf die Anfrage von Gemeinderat Helmling und hielt es gleichfalls für angezeigt, evtl. Antragstellern hinsichtlich einer filigranen Vordach-Holzkonstruktion entgegenzukommen. Auch er lobte zusammenfassend die hervorragende Arbeit der Firma Bauland!Entwicklung, die in einem Zeitraum von nur 15 Monaten eine überaus gelungene Planung realisierte. Insbesondere freute er sich über die optimale Kooperation mit Verwaltung und Gemeinderat. Evtl. auftretende Probleme wurden durch die Firma Bauland!Entwicklung schnell und unbürokratisch gelöst. Auf die nunmehrige Einwendung der WOGÉ bzgl. der Bebaubarkeit deren Freiflächen eingehend, plädierte Gemeinderat Dr. Dr. Mende für eine konsequente Ablehnung der nachträglichen Forderungen. Das Entwässerungskonzept für das Plangebiet hielt er für gelungen, weshalb er auch in diesem Punkt zustimmen konnte.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) freute sich gleichfalls über das professionelle und äußerst gelungene Ergebnis. Zurückzuführen sei dies auf ein jederzeitiges Miteinander von Gemeinderat, Verwaltung, Planer und der Bevölkerung. Gemeinderat Kolb verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich das Plangebiet im wörtlichen Sinne in einen Rosenhof bzw. Blumenhof verwandelt und die Plankstadter Siedlung damit als Modellprojekt für ähnliche Vorhaben gelten kann.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) konnte sich seinen Vorrednern anschließen und erteilte der gelungenen Planung gleichfalls sein Einverständnis. Insbesondere lobte er auch die Einarbeitung der vorgebrachten Anregungen öffentlicher Stellen und der Bürgerschaft. Dass die Planung auch bei der Zielgruppe die gewünschte Resonanz erfährt, machte Gemeinderat Hohl daran deutlich, dass bereits ca. 60% der Grundstücke veräußert werden konnten. Auf die anstehenden, wohl auch auf externen Flächen zu erbringenden Ausgleichsmaßnahmen eingehend, hinterfragte er, weshalb die diesbezüglichen Planungen auch Maßnahmen im Kreuzungsbereich Hebelstraße/Brühler Weg vorsehen. Die GLP hätte sich hier beispielsweise Entsiegelungsmaßnahmen im Bereich des Parkplatzes Vogelpark (zurückliegender Vorschlag der Lokalen Agenda) vorstellen können. Des Weiteren erkundigte er sich nach der genannten Dauer zur Realisierung der Ausgleichsmaßnahmen (2 Jahre). Herr Butsch informierte, dass der Ausgleich i.d.R. dort vorgenommen werden sollte, wo der Eingriff erfolgt. Dies war vorliegend (u.a. aufgrund von Einwendungen aus der Bürgerschaft) so nicht unmittelbar zu realisieren, weshalb man als Alternative die angedachten Maßnahmen im Kreuzungsbereich Hebelstraße/Brühler Weg vorschlug. Auf die zeitliche Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen eingehend, machte Herr Butsch deutlich, dass die damit verbundenen Pflanzungen zeitgleich mit entsprechenden Pflanzungen im Plangebiet selbst erfolgen sollen. Daher die angedachte Zeitschiene von 2 Jahren. Die Frage von Gemeinderat Hohl, inwieweit die in den Planunterlagen als schützenswert dargestellten Baumstandorte tatsächlich erhalten werden konnten, wurde von Herrn Butsch bejaht. Abschließend erkundigte sich Gemeinderat Hohl, ob die aktuell bestehenden Entwässerungsprobleme im Bereich der Eisenbahnersiedlung durch das nunmehrige Entwässerungskonzept für das Plangebiet gelöst werden konnten. Bürgermeister Huckele stellte diesbezüglich fest, dass im Zuge der anstehenden Entwässerungsplanung „Siedlung“ offene Querverbindungen des Westsammlers als Ursache für die seitherige Entwässerungsproblematik ausgemacht werden konnten. Diese wurden inzwischen im Bereich Max-Reger-Straße/Blumenau und Brühler Weg/Rosental zugemauert.

Im Ergebnis beschloss der Gemeinderat mit einstimmigem Votum den Bebauungsplan sowie die örtlichen Bauvorschriften für das Gebiet „Siedlung“ und erteilte den angedachten Straßenbezeichnungen „Im Rosenhof“

und „Im Blumenhof“ sein Einvernehmen.

### **TOP Ö 3 Wahl der Schöffen und Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2005-2008**

Die Amtszeit der für die Geschäftsjahre 2001-2004 gewählten Schöffen und Jugendschöffen endet am 31. Dezember 2004.

#### **1. Wahl der Schöffen**

In Vorbereitung der Neuwahl der Schöffen durch die, bei den Amtsgerichten zu bildenden Schöffenwahlausschüsse hat jede Gemeinde eine entsprechende Vorschlagsliste zu erstellen. Wie das Landgericht Mannheim mitteilte, sind in die Vorschlagsliste der Gemeinde Plankstadt insgesamt 11 Personen aufzunehmen. Die Vorschlagsliste soll alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen. Es sollen nur solche Personen in die Vorschlagsliste aufgenommen werden, die für das Schöffenamt geeignet sind. Ferner muss es sich um Deutsche im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz handeln. In den §§ 32-34 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) ist aufgeführt, welcher Personenkreis unfähig ist, das Amt des Schöffen zu bekleiden bzw. hierzu nicht berufen werden soll. Personen, auf die diese Bestimmungen zutreffen, sind nicht in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Zudem ist bestimmt, dass nur solche Personen vorgeschlagen werden sollen, die sich ausdrücklich zur Übernahme des Schöffenamtes bereit erklären und nicht etwaige Ablehnungsgründe im Sinne von § 35 GVG geltend machen. Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat ist die Vorschlagsliste dann eine Woche lang in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht aufzulegen und schließlich bis spätestens 20.08.2004 an das Amtsgericht Schwetzingen zu übersenden.

#### **2. Wahl der Jugendschöffen**

Wie das Kreisjugendamt mitteilte, sind von der Gemeinde Plankstadt zudem 4 Bewerber (2 Männer/2 Frauen) für das Amt der Jugendschöffen/Jugendhilfsschöffen zu benennen. Die Vorgeschlagenen sollen zur Wahrnehmung des Amtes bereit und in der Lage sein. Die letztendliche Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der Jugendschöffen obliegt nicht dem örtlichen Gemeinderat, sondern dem Jugendhilfeausschuss des Kreises.

Die Fraktions-/Gruppensprecher wurden entsprechend der seitherigen Praxis um Benennung von Bewerbern/-innen für das Jugend-/Schöffenamt gebeten. Anhand der Rückläufe hat die Verwaltung eine Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen und Jugendschöffen der Amtsperiode 2005-2008 erstellt, der das Ratsgremium schließlich mit einstimmigem Votum entsprach.

Die Sprecher der Fraktionen/Gruppe hoben hervor, dass es sich beim Schöffenamt um eine verantwortungsvolle Tätigkeit handelt. Umsomehr gelte den aktuellen Bewerberinnen und Bewerbern ein Dank für deren Bereitschaft zur Kandidatur. Wie die Fraktions-/Gruppensprecher deutlich machten, handelt es sich vorliegend nur um eine Vorschlagsliste. Die schlussendliche Wahl der Schöffen obliegt dem zuständigen Ausschuss bei Gericht.

### **TOP Ö 4 Bestellung der Mitglieder des Gutachterausschusses zum 01.04.2004**

Die Amtszeit des derzeitigen Gutachterausschusses der Gemeinde Plankstadt endet am 31.03.2004. Daher sind nun der Vorsitzende des Gutachterausschusses, sein Stellvertreter und die weiteren Gutachter für die kommenden vier Jahre von der Gemeinde neu zu bestellen. Nach der Gutachterausschussverordnung tritt

aufgrund eines Vorschlages der Oberfinanzdirektion ein Finanzgutachter erweiternd zu der Mindestbesetzung hinzu.

Die Abstimmung mit den bisherigen Mitgliedern und der Oberfinanzdirektion Karlsruhe hat folgenden Vorschlag zur Neubesetzung des Gutachterausschusses ergeben:

Vorsitzender:

Edmund Fandrich

Stellvertretender Vorsitzender:

Heinz-Günter Felchner

Weitere Gutachter:

Franz Boxheimer

Jost Goebels

Andreas Wolf

Landwirtschaftsvertreter:

Kurt Hallwachs

Gerhard Wiegand

Vertreter des Finanzamtes:

Manfred Budweg

Hannelore Bickle (Stellvertreterin).

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) erklärte sich grundsätzlich mit der angedachten Neubesetzung des Gutachterausschusses einverstanden. Unter Verweis auf einen zurückliegenden Vorschlag seiner Fraktion plädierte er jedoch dafür, in jeder neuen Amtsperiode ein jüngeres Ausschussmitglied in das Gremium einzubinden. Die CDU-Fraktion rege daher an, zu den vorgeschlagenen Bewerbern noch Herrn Oskar Sessler als weiteren Landwirtschaftsvertreter zu berufen. Bürgermeister Huckele verwies auf die generelle Überlegung zur Reduzierung der Zahl der Ausschussmitglieder, sicherte jedoch zu, im Falle des Ausscheidens eines aktuellen Mitgliedes auf die Einbindung eines jüngeren Bewerbers zu achten.

Gemeinderat Karl Ott (SPD), wie auch Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) konnten dem Verwaltungsvorschlag im Namen ihrer Fraktionen zustimmen. Auch sie sprachen sich dafür aus, der personellen Verjüngung des Ausschusses zu gegebener Zeit im Rahmen einer evtl. Nachbesetzung Rechnung zu tragen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezeichnete die vorgeschlagenen Bewerber als kompetent, bat jedoch darauf zu achten, dass das Gremium keine „politische Schlagseite“ bekommt. Vor dem Hintergrund, dass den jeweiligen Ausschussmitgliedern unterschiedliche Funktionen (mit einer unterschiedlichen Vergütung) zukommen, bat er die Verwaltung aus Gründen der Transparenz um Vorlage eines Tätigkeitsberichts. Bürgermeister Huckele sicherte eine entsprechende Aufstellung für das Jahr 2003 zu.

Im Ergebnis entsprach das Ratsgremium o.g. Vorschlag zur personellen Besetzung des Gutachterausschusses mit einstimmigem Votum.

## **TOP Ö 5 Neufassung des Gesellschaftsvertrags mit der Kliba**

Am 17. März 1997 wurde die Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg-Nachbargemeinden als gemeinnützige GmbH (Kliba) von den Gemeinden und Städten Sandhausen, Edingen-Neckarhausen, Dossenheim, Neckargemünd und Heidelberg sowie der Sparkasse Heidelberg gegründet. In den ersten drei Jahren wurde die Kliba finanziell durch die EU im Rahmen des Förderprogrammes Save II unterstützt. Zum 18. Juli 2000 traten die Städte und Gemeinden Walldorf, Schriesheim, Heddesheim und Plankstadt der Kliba als weitere Gesellschafter bei. Seit 2001/2002 haben sich die Städte Hemsbach, Weinheim, Ladenburg sowie Sinsheim der Kliba angeschlossen. Neben Kooperationsprojekten mit dem regionalen Handwerk steht die Information und die Beratung der Bürger der Kliba-Kommunen mit im Vordergrund des Aufgabenspektrums. Des Weiteren unterstützt die Kliba in Plankstadt das kommunale Energiemanagement. Es beinhaltet den Aufbau eines Energieberichts wesens sowie die energetische Analyse des kommunalen Gebäudebestandes. Weiterhin steht die Kliba zur Unterstützung und zur neutralen Beratung bei allen energierelevanten Vorhaben zur Verfügung.

Entsprechend dem künftigen Finanzierungsmodell der Agentur soll diese durch ihre Beratungs- und Serviceleistungen eigene Mittel erwirtschaften. Das Beratungspaket „Gebäude-Wärmepass“, die Energieberatung der Bürger/innen sowie die sonstigen Netzwerkaufgaben können jedoch weiterhin nur über eine Finanzierung durch die beteiligten Kommunen erfolgen. Die Gemeinde Plankstadt leistet hierfür einen jährlichen Beitrag in Höhe von 3.500,00 Euro. Weiterhin verpflichten sich alle Gesellschafter, jährliche Leistungen durch die Kliba erbringen zu lassen. Der genaue Umfang und die Art der von der Gesellschaft zu erbringenden Leistung sowie der Abrechnungsmodus werden zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres mit den Gesellschaftern festgelegt. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlich erbrachter Leistung. Entsprechend vorgenanntem Modus war nun der Gesellschaftsvertrag mit der Kliba neu zu fassen.

Gemeinderat Dr. Adolf Schifferer (CDU) verwies auf den dringenden Handlungsbedarf im Bereich Umweltschutz. Die Kliba leiste hier einen wichtigen Beitrag, weshalb es für die Gemeinde Plankstadt gelte, die Institution zu unterstützen. Auf die anstehende Neufassung des Gesellschaftervertrags eingehend, sah er die Maßnahme, hauptsächlich im Beitritt weiterer Kommunen sowie diversen redaktionellen Änderungen, begründet. Insofern könne die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag entsprechen.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) äußerte sich in gleicher Weise. Auch er lobte die Arbeit der Kliba und verwies auf organisatorische Änderungen als Grund für die Neufassung des Vertrags. Der Bevölkerung sei die Kliba und deren Arbeit eher unbekannt. Er bat um verstärkte Werbemaßnahmen für die jeweiligen Angebote, u.a. im Gemeindemitteilungsblatt.

Gemeinderat Franz Streck (PL) erachtete es als wichtig, dass den Bürgerinnen und Bürgern mit der Kliba ein neutraler Berater zur Seite steht, dessen kompetenter Rat in Umweltfragen durchaus hilfreich ist. Auf einen Vertragspassus bzgl. der Gründungskosten (§ 17) eingehend, hinterfragte er, wann und in welcher Höhe für die Gemeinde Plankstadt Aufwendungen entstehen. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass es sich hier um einmalige Kosten für die gesamte Agentur handelt, sicherte jedoch in diesem Punkt eine nochmalige Rückfrage bei der Kliba zu.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezeichnete die Kliba als sinnvolles Kooperationsmodell zwischen Wirtschaft und Kommune. Die jährlichen Kosten der Gemeinde Plankstadt (die seit dem 01.05.2000 Mitgesellschafter ist) i.H.v.

3.500,-- Euro/Jahr seien gut investiert. Wie Gemeinderat Hohl weiter ausführte, kommt der Stadt Heidelberg bei der Kluba in Anbetracht der aktuellen Konstellation eine faktische Stimmenmehrheit zu. Insofern sei die Institution zumindest als „an Heidelberg orientiert“ zu bezeichnen. In Folge erkundigte er sich, wer die Gemeinde Plankstadt in der Gesellschafterversammlung vertritt. Bürgermeister Huckele teilte mit, dass ihm diese Aufgabe zukommt. Abschließend hinterfragte Gemeinderat Hohl die Diskrepanz, dass die Verwaltungsvorlage von der künftigen Erwirtschaftung eigener Mittel spricht, während in § 3 des Gesellschaftsvertrags auf die Gemeinnützigkeit der Agentur verwiesen wird. Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass der zu zahlende Grundbeitrag für die Gesellschafter unter dem kalkulierten Satz liegt und die zu erwirtschaftenden Mittel dem erforderlichen Ausgleich dienen. Insofern handelt es sich dabei um keine gewinnorientierten Einnahmen.

Im Ergebnis entsprach das Ratsgremium dem Abschluss der modifizierten Vereinbarung mit einstimmigem Votum.

### **TOP Ö 6 Sanierung der Fassade des Gemeindewohnhauses Schwetzing Str. 18**

Durch die Erschließung des Neubaugebietes „Keesgrieb“ und dem dadurch entstandenen öffentlichen Fußweg zur Schwetzing Str. 18 wird es notwendig, die unansehnliche und erneuerungsbedürftige Fassade mit einem neuen Anstrich zu versehen. Im Zuge dieser Maßnahme ist geplant, den Heizenergiebedarf des Gebäudes durch Aufbringen eines Wärmedämmverbundsystems zu reduzieren. Desweiteren ist vorgesehen, die Hofanlage einzuzäunen und mit einer wassergebundenen Decke zu versehen. Im Zuge der Sanierungsarbeiten ist auch ein Austausch der schadhafte Holz-Rollläden sowie die Erneuerung der undichten Regenrinne sowie der Fallrohre geplant.

Sämtliche Leistungen wurden vom Ortsbauamt ausgeschrieben. Zum Submissionstermin der Gipserarbeiten lagen 4 Angebote vor, wobei die Firma Franz aus Schwetzingen mit 20.744,37 € das wirtschaftlichste Angebot abgab. Die Gerüstbauarbeiten (Fa. Hoffmann, Schwetzingen, 1.874,56 €), Schreinerarbeiten (Fa. Seitz, Plankstadt, 2.811,26 €) und die Spenglerarbeiten (Fa. Hoffmann, Schwetzingen, 1.779,90 €) hat der Bürgermeister im Rahmen seiner Zuständigkeit bereits beauftragt.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) verwies auf die geplante fußläufige Erschließung der „Keesgrieb“ durch die Hofeinfahrt des Anwesens Schwetzing Str.18 und hinterfragte in diesem Zusammenhang, ob mit der Fassadensanierung auch die gleichzeitige Instandsetzung besagten Durchgangs geplant sei. Bürgermeister Huckele bejahte dies.

Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) bat im Namen seiner Fraktion um Vertagung des Tagesordnungspunktes und nochmalige Diskussion des Themas im Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten. So sei vor einer diesbezüglichen Entscheidung zu klären, ob man prinzipiell noch in das bestehende Gebäude investieren soll, oder aber ggf. auch ein Abriss, verbunden mit der Schaffung zusätzlichen Parkraums, denkbar erscheint. Bürgermeister Huckele verwies auf den aktuellen Verfahrensstand und die bereits veranlassten Schritte zu den anstehenden Sanierungsarbeiten. Dies vor dem Hintergrund, dass im Rat zurückliegend Konsens über eine rein fußläufige Erschließung bestand. Die Diskussion über einen evtl. Abbruch des Gebäudes hätte zu einem früheren Zeitpunkt geführt werden müssen, gab der Bürgermeister u. a. auch zu bedenken, dass sich in dem Anwesen vier Gemeindewohnungen und ein Geschäftsraum befinden.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erteilte dem Verwaltungsvorschlag sein Einverständnis. Die Überlegungen der CDU-Fraktion konnte er nicht nachvollziehen, zumal sich ein Abbruch des Gebäudes und eine damit

einhergehende verkehrliche Erschließung für den motorisierten Individualverkehr in erheblichem Maße auf die gesamte Wohnsituation im Bereich „Keesgrieb“ auswirken würden. Gingen die Anwohner seither von einer ruhigen Wohnlage aus, so wäre nunmehr ein erheblich höherer Verkehrslärm zu prognostizieren.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) verwies darauf, dass er bereits zurückliegend eine entsprechende Diskussion gefordert hat. Wollte man den innerörtlichen Einzelhandel stärken, so gelte es, zusätzlichen Parkraum zu schaffen. Nur durch eine attraktive Erschließung der Geschäfte, d.h. eine gute Erreichbarkeit, könne die Kaufkraft am Ort gehalten werden.

Im Ergebnis wurde der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion bei 7 Ja-Stimmen (CDU) und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Gemeinderat Karl Ott (SPD) sah die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen und konnte dem Verwaltungsvorschlag entsprechen. Wie er feststellte, wurde ja bereits zurückliegend auf Antrag der CDU-Fraktion im Gebiet „Keesgrieb“ zusätzlicher Parkraum geschaffen. Dies jedoch vor dem Hintergrund der aktuellen Erschließungssituation.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) machte deutlich, dass ihre Fraktion bereits zurückliegend die mögliche Schaffung zusätzlichen öffentlichen Parkraums in der Ladenburger Straße anregte (ggf. unter Freihaltung eines kommunalen Bauplatzes). Mit dem vorliegenden Antrag wünsche man lediglich nochmals die Diskussion über ein mögliches Gesamtkonzept.

Gemeinderat Fredi Engelhardt (PL) begrüßte die geplante Sanierung und sprach sich dafür aus, die kommunale Wohn- und Geschäftsimmoblie Schwetzing Str. 18 aktuell noch ihrer Bestimmung gemäß zu nutzen. Dies auch vor dem Hintergrund der damit verbundenen Einnahmen, die in der derzeitigen Haushaltslage durchaus willkommen erscheinen.

Auch Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) wollte dem evtl. Abriss des Gebäudes nicht näher treten, zumal das Anwesen Schwetzing Str. 18 zurückliegend mit einem erheblichen Mittelaufwand saniert wurde. Die bestehende Planung mit einer Erschließung für Fußgänger und Radfahrer hielt er für angemessen. Eine darüber hinaus gehende Erschließung für den motorisierten Individualverkehr lehnte er ab. Den angedachten Sanierungsmaßnahmen zur optischen Aufwertung erteilte er schlussendlich sein Einvernehmen.

Einer Beauftragung der Fa. Franz aus Schwetzingen zum genannten Angebotspreis von 20.744,37 € konnte das Ratsgremium schlussendlich bei 7 Enthaltungen der CDU entsprechen.

## **TOP Ö 7 Bauanträge**

Bei 1 Enthaltung des Bürgermeisters entsprochen wurde dem Bauantrag zum Dachgeschossausbau auf dem Grundstück Flst.Nr. 3493, Schubertstr. 1.

## **TOP Ö 8 Bekanntgaben, Anfragen**

### **1. Kabelverlegearbeiten in der Feldflur**

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) verwies auf Kabelverlegearbeiten in der Feldflur und erkundigte sich, inwieweit die Verwaltung hiervon Kenntnis hat.

BAL Boxheimer war über die Arbeiten informiert und berichtete, dass es sich um die Verlegung von Telekommunikationskabeln handelt.

## **2. Fallschutzpolster im Kurvenbereich der Ostumgehung (Übergang K4147 neu/L 543 neu)**

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) monierte einige fehlende Fallschutzpolster im Kurvenbereich der Ostumgehung (Übergang K 4147 neu/L 543 neu) und bat um Ergänzung.

Bürgermeister Huckele sicherte dies zu.

## **3. Tödlicher Unfall im Kreuzungsbereich Ostumgehung/Bruchhäuser Weg**

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verwies auf den tödlichen Unfall im Kreuzungsbereich Ostumgehung/Bruchhäuser Weg und hinterfragte die Möglichkeit zusätzlicher, die Verkehrssicherheit erhöhender Maßnahmen (ergänzende Warnbeschilderung; Aufbringen von Sperrlinien, o.ä.).

BAL Boxheimer informierte, dass bei derartigen Vorkommnissen die Verkehrskommission des Kreises ohnedies nochmals vor Ort über evtl. zu treffende Maßnahmen beraten wird.

## **4. Änderung in der Schnittgutannahme zum 01.04.2004**

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf die anstehende Änderung in der Schnittgutannahme auf dem Gemeindehäckselplatz zum 01.04.2004 und bat darum, sowohl die Gebührenerhebung mittels Wertmarken, als auch die Gebührenhöhe (und hier insbesondere den Satz für Anlieferungen über 1 m<sup>3</sup>) nochmals in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu behandeln. Bürgermeister Huckele sicherte dies zu.

## **5. Sonnenschutz für die Gewerbeeinheiten in der Seniorenwohnanlage Luisenstraße**

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf einen notwendigen Sonnenschutz für die Gewerbeeinheiten in der Seniorenwohnanlage Luisenstraße, die sich bei entsprechender Sonneneinstrahlung stark aufheizen.

Bürgermeister Huckele wusste um die Problematik. Die Verwaltung wird sich um eine diesbezügliche Lösung bemühen.

## **6. Mobilfunkanlagen im Gemeindegebiet**

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an die seitherigen Vorgänge zu diesem Thema. Waren zunächst 3 Standorte im Gemeindegebiet bekannt, wurde nun eine weitere Anlage auf dem Anwesen Ecke Eisenbahnstraße/Bruchhäuser Weg errichtet. Wie ihm zur Kenntnis gelangte, soll zudem die Gemeinde der Errichtung einer Anlage auf dem Wasserwerk zugestimmt haben.

Bürgermeister Huckele stellte zunächst fest, dass die Errichtung von Mobilfunkanlagen nach der kürzlich erfolgten



Änderung der Landesbauordnung nunmehr genehmigungsfrei ist. Die Sachverhalte sind somit nicht mehr im örtlichen Ratsgremium zu behandeln. Auf den Standort Wasserwerk eingehend, teilte er mit, dass ein entsprechender Antrag zwar vorliegt, hierüber jedoch (aufgrund der kommunalen Liegenschaft) naturgemäß vom Gemeinderat zu befinden ist. Keinesfalls habe die Verwaltung diesbezüglich vorab eigenmächtig entsprechende Zusagen getroffen.

## **7. Volkshochschule Schwetzingen/Neubesetzung der Leiterinnenstelle**

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die Neubesetzung der Leiterinnenstelle der Volkshochschule Schwetzingen und das diesbezügliche, recht aufwendig gestaltete Bewerbungsverfahren. Er hinterfragte, welchen Kriterien für die Plankstadter Vertreter bei deren Entscheidung maßgeblich waren und wie die Gemeinde Plankstadt, entsprechend den Aussagen der neuen Leiterin, künftig in verstärktem Maße von der Programmgestaltung profitieren soll.

Bürgermeister Huckele berichtete von dem professionell und kompetent geleiteten Auswahlverfahren, das schlussendlich zu dem gewünschten Ergebnis führte. Mit Frau Sprenger habe man eine qualifizierte Kraft gefunden, die (in Anbetracht ihres zurückliegenden Aufgabenbereichs) die Geschäfte nahtlos weiterführen kann. Dies war mit ein entscheidender Grund für ihre Wahl. Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU), wie auch Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD), die als Plankstadter Vertreter der Mitgliederversammlung der VHS angehören, bestätigten die Aussagen. Auf die künftige Programmgestaltung eingehend, machte Bürgermeister Huckele deutlich, dass hier verstärkt dezentrale Angebote in den Mitgliedsgemeinden geleistet werden sollen.